Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 12.–, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73 III
Verlagsort:
Schriftleitung: Zentrum 614, 964, 965, 1580, 1582, 1583. Für Nachtgespräche 1580.
Geschäftsstelle: Lützow 1002, 3248, 3394.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1.– zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 4.– zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 337. Mittwoch, 16. Juli 1919. Abend-Ausgabe. 58. Jahrgang.

Zahlung der Zölle in Gold.

Ein neuer Gesetzentwurf.

Drahtmeldung unseres H.G.-Sonderberichterstatters.

Weimar, 16. Juli.

Ein Gesetzentwurf über die Zahlung der Zölle in Gold geht nunmehr der Nationalversammlung zu. Er enthält nur zwei Paragraphen.

Paragraph 1 lautet: Die in die Reichskasse fließenden Zölle sind in Gold zu zahlen. Durch die Reichsregierung wird bestimmt, nach welchem Umrechnungsverhältnis die zur Zollzahlung zugelassenen fremdländischen Goldmünzen in Zahlung zu nehmen sind und unter welchen Bedingungen die Zahlung in anderen Zahlungsmitteln als Goldmünzen geleistet werden kann.

Paragraph 2 lautet: Dieses Gesetz tritt mit dem 8. Tage nach der Verkündung in Kraft.

In der Begründung heißt es: Die Zolleinnahmen des Reiches sind im Laufe des Weltkrieges in außerordentlich großem Umfange zurückgegangen. Während sie sich im Rechnungsjahr 1913 auf 725 Millionen Mark beliefen, hat im Rechnungsjahr 1918 die Solleinnahme an Zöllen nur 166 Millionen Mark betragen. Die Verringerung beruht einesteils auf der behufs besserer Versorgung des Inlandes erfolgten Beseitigung oder Ermäßigung zahlreicher Zölle, andererseits auf den weitgehenden Beschränkung der Einfuhr durch kriegerische Maßnahmen und Devisenbeschränkungen. Die Gründe, die zur Beseitigung und Ermäßigung von Zöllen führten, werden bei der Mehrzahl der in Betracht kommenden Waren noch längere oder kürzere Zeit fortbestehen. Auch nach Friedensschluß wird ferner der Einfuhrverkehr nicht sogleich den früheren Umfang erreichen, sondern aus verschiedenen Gründen nur allmählich wieder zunehmen. Um so größerer Wert erfordert unsere Finanzlage, einer Gefahr zu begegnen, die in der Wertlosigkeit der zum verbliebenen Zölle für die Reichskasse bedroht und die Vorteile, die der letzteren die Widerbelebung des Einfuhrverkehrs bringen könnten, in Frage zu stellen geeignet ist. Die Quelle dieser Gefahr ist die Entwertung der Reichsmarkwährung. Neben den finanziellen Nachteilen darf auch nicht unerwähnt bleiben, daß die Unterwertung unserer Währung gegenüber der heimischen Arbeit, die jetzt mit sehr gesteigerten Erzeugungskosten zu rechnen hat, eine Abschwächung des Zollschutzes bedeutet. Das zur Beseitigung der Uebelstände geeignete Mittel ist die gesetzliche Anordnung, daß die Zölle in Gold zu bezahlen sind. Alle Maßnahmen, die zur Durchführung dieser Anordnung getroffen werden müssen, können dem Bevorzugungszweg vorbehalten bleiben. Insbesondere gehört hierher die Bestimmung darüber, ob und welche ausländischen Goldmünzen anzunehmen und welche Umrechnungssätze dabei zugrunde zu legen sind. Weiter wären die Bedingungen festzusetzen, unter denen andere Zahlungsmittel als Goldmünzen zugelassen werden können. Neben der Zahlung in deutschem Papiergeld in einem Betrage, der dem errechneten Zoll, erhöht um ein in bestimmter Zeit neufestzusetzendes Aufgeld, zu entsprechen hätte, kann angesichts des dringenden Bedarfs des Reichs an ausländischen Zahlungsmitteln in Frage kommen die Begleichung des Zolles mit solchen, auch soweit es sich nicht um Goldmünzen handelt, nach näher zu regelnden Grundsätzen zu erhöhen oder zu fordern. In Anlehnung an Paragraph 2 der Bekanntmachung über den Zollzahlungsverkehr mit dem Ausland vom 8. Februar 1917 müßten dabei gegebenenfalls außer Silbergeld, Papiergeld, Banknoten usw. auch Auszahlungsanweisungen, Schecks und Wechsel zu berücksichtigen sein. Die Einführung der Goldzahlung würde selbstverständlich auch eine Aenderung der Bestimmungen über die Vergütung von Zöllen zur Folge haben müssen. Endlich würde es Aufgabe des zuständigen Landesbehörden sein, für eine entsprechende Erhöhung der für Zollstundungen geleisteten Sicherheiten Sorge zu tragen.

Französische Maßnahmen gegen den Generalstreik.

S. **Haag**, 16. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Wegen des am 21. Juli angesagten Proteststreiks droht die Regierung mit schärfsten Maßnahmen vorzugehen, vor allem mit der Entlassung des Beamtenpersonals. Generaldirektor Jouhaix erklärte einem Redakteur des „Journal", daß alle Maßnahmen der Regierung zu keinem Ziele führen würden. Drohungen seien keine Argumente und brächten nicht die Lösung von Schwierigkeiten. Unterdrückung bedeute keine Organisation, aber die Arbeiterklassen forderten eine behördliche Organisation, politisch und ökonomisch in Uebereinstimmung mit den Bedürfnissen der Gemeinschaft und des Landes. Eine gewaltsame Unterdrückung der Bewegung könne Folgen haben, auf die man die verantwortlichen Autoritäten aufmerksam machen müßte.

Die polnische Propaganda in Oberschlesien.

Breslau, 15. Juli. Von wohlunterrichteter Seite wird gemeldet: Die polnischen Organisationen zur Beeinflussung Oberschlesiens arbeiten unentwegt mit allen Mitteln für die Erreichung ihrer Ziele. Mit einer genialen Propaganda verbinden sie den Plan, durch Gewalttätigkeiten an den Verkehrsmitteln, wie Eisenbahn, Post und Telegraph, Sabotage zu üben. Hierzu kommt der Grenzschutz in den meisten Fällen rechtzeitig eingreifen. Die veröffentlichten Bestimmungen über die bevorstehende Abstimmung stärken die Hoffnungen der Polen.

Tschechischerseits scheint nicht der Wunsch zu bestehen, auf neue Unternehmungen auszugehen, so daß sich die Verhältnisse an der tschechischen Grenze weiter im allgemeinen entspannt haben.

Die Beratungen in Paris.

Noch kein Schritt im Haag.

Versailles, 15. Juli.

Der interalliierte Ausschuß für die Verantwortlichkeiten beschäftigte sich vormittags mit der Frage der Verfolgung des früheren Deutschen Kaisers, wegen dessen, wie „Temps" betont, noch kein Schritt bei der holländischen Regierung unternommen worden ist. Auch der Ausschuß für Bulgarien hielt eine Sitzung ab und verhandelte mit Venizelos.

„Liberté" sagt zu dem Tode des französischen Unteroffiziers Manheim in Berlin, man glaube zu wissen, daß die französische Regierung sich mit dem Schritte bei dem spanischen Geschäftsträger nicht zufrieden geben und Wiedergutmachung verlangen werde. Die Pariser Abendpresse gibt lediglich die Depesche der „Morning Post" in ruhigem Tone wieder.

Der Kaiser erkrankt.

Amsterdam, 15. Juli. Wie aus Amerongen gemeldet wird, ist der Kaiser krank. Auch die Kaiserin ist unpäßlich. Dr. Forster wurde Montag spät abends aufs Schloß gerufen und blieb die Nacht über dort.

„Nieuwe Courant" schreibt in einem Leitartikel zur Frage der Auslieferung des vormaligen Deutschen Kaisers: Die Geschichte würde ein hartes Urteil über uns fällen, wenn wir Wilhelm II. ohne Notwendigkeit und außerdem ohne Widerspruch ausliefern würden. Eine Auslieferung wäre schlimmer als ein Verbrechen, sie würde eine Dummheit sein.

Lansings Rücktritt bevorstehend?

S. **Haag**, 16. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) **Die „New York Tribune" bestätigt das Gerücht, Lansing werde sofort nach seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten seinen Abschied einreichen. Er teile den Standpunkt Taussigs in der Unzufriedenheit mit dem Friedensvertrage.**

Aufrechterhaltung der Blockade gegen Ungarn.

S. **Haag**, 16. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Im Unterhause hat Bonar Law die Mitteilung gemacht, daß infolge der andauernden Feindseligkeiten durch Ungarn die Blockade gegen dieses Land aufrecht erhalten bleibe.

Die deutschösterreichisch-tschechischen Grenzen.

P. **Wien**, 15. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Aus Prag wird gemeldet: Der Pariser Vertreter der „Narodny Politika" bemerkt zu der letzten Redaktion der Friedensbedingungen für Oesterreich, daß es Dr. Kramarich in letzter Stunde gelungen sei, nachzuweisen, daß die von Deutsch-Oesterreich geforderten Grenzregulierungen im Norden die Tschechoslowakische Republik sehr bedrohen würden, und daß man Deutsch-Oesterreich in dieser Beziehung nicht nachgeben könne. Dr. Kramarsch und Dr. Beneich sei es auch gelungen, eine für die Tschechen vorteilhafte Klausel in dem Teil der Friedensbedingungen durchzusetzen, der erst in den nächsten Tagen zur Durchführung gelangen würde. Ueber jede dieser Klauseln wird selbstverständlich noch ein scharfer Kampf ausgefochten werden müssen, aber Anfang August werde der Friede mit Oesterreich feierlichst unterschrieben sein.

Die Verhandlungen der französischen Sozialisten.

Drahtmeldung.

Versailles, 15. Juli.

Der Nationalrat der Sozialistischen Partei hat seine Verhandlungen beendet. Hinsichtlich der Maßregelung der Abgeordneten, die die letzte Kriegsfredite bewilligt hatten, wurde beschlossen, die Stellungnahme dazu den einzelnen Verbänden zu überlassen. Der Nationalrat sprach sich noch für eine Amnestie und Aufhebung des Belagerungszustandes aus.

Sembat behandelt in der Zeitung „Heure" den Beschluß des Nationalrats, gegen den Friedensvertrag zu stimmen, und sagt, es gebe im Friedensvertrag ausgezeichnete Bestimmungen, die aber widerwärtige Tatsachen nicht gutmachen könnten. Binnen wenigen Jahren müsse dieser falsche, provisorische Frieden seine natürlichen mörderischen Früchte tragen. Nach Sembat hat die Erklärung der Vertreter aus Elsaß-Lothringen in der Hauptsache bewirkt, daß der Nationalrat sich nicht mit der Gutheißung bei der Abstimmung über den Friedensvertrag begnügen wollte.

Außerordentlich scharf kritisiert Rappaport im „Populaire" den Friedensvertrag. Die Sozialistische Partei Frankreichs lehne mit Abscheu den brutalen Nachevertrag ab, der einem großen Volk unauslöschliche moralische Erniedrigung zufüge, indem er es außerhalb der Gemeinschaft zivilisierter Völker stelle und es allein inmitten bewaffneter Völker entwaffne.

„Populaire" verlangt, daß endlich der Beratung über den Friedensvertrag in der Kammer die französische auswärtige Politik der letzten 25 Jahre restlos klargelegt werde, sowie daß Auskunft darüber verlangt werde, welche Versprechungen die französischen Regierenden Alexander III. oder Nikolaus II. gemacht hätten.

In der gestrigen Nachsitzung des Nationalrates der Sozialistischen Partei erhielt die Entschließung Renaudels, die Wahlfragen einem nationalen Kongreß vorzulegen, 738 Stimmen, dagegen Renaudel, die sie den einzelnen Verbänden überlassen will, 1050 Stimmen.

Zum Ausbau der Reichsfinanzen.

K. **Weimar**, 16. Juli. (Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.) **Der einheitliche Ausbau der Reichsfinanzen bedingt die reichseigene Steuerverwaltung und damit auch eine wesentliche Vergrößerung und neue Durchbildung des Beamtenapparates. Das Reichsfinanzministerium hat bereits in dieser Angelegenheit einleitende Schritte getan. Es hat auf den kommenden Sonntag nach Weimar eine Zusammenkunft hervorragender Hochschullehrer der Nationalökonomie und der Nationalwissenschaften einberufen, in der die Frage besprochen werden soll, wie es möglich wäre, die Universitäten in den Dienst einer wissenschaftlichen Ausbildung der Steuerbeamten zu stellen. Man denkt daran, den Kreis der neuen Steuerbeamten auch sehr wesentlich aus den Reihen der Kriegsverletzten zu rekrutieren.**

Die Pflicht, die Ernte zu bergen.

Von zuständiger Stelle wird uns geschrieben:

Die „Freiheit" entrüstet sich über die Maßnahmen, die getroffen werden mußten, um dort, wo Landarbeiterstreiks besonders verhängnisvolle Formen anzunehmen drohen, die erforderliche Fürsorge für die Ernte durchzuführen. Die „Freiheit" nennt diese erforderlich gewesenen Maßnahmen „um so schädlicher", als sie angeblich den Interessen der Landwirte dienen sollten und gegen die berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer gerichtet seien. Dazu ist zu sagen, daß die zuständigen Behörden selbstverständlich den ländlichen Arbeitnehmern das gesicherte Recht in keiner Weise schmälern wollen, und daß ebensowenig irgendwelche unberechtigten Ansprüche der Arbeitgeber gefördert werden sollen. Die zuständigen Behörden sind aber verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Ernte geborgen wird, und das deutsche Volk nicht etwa durch Gefährdung der Ernte in eine Katastrophe von unübersehbarer Tragweite hineingerät. Dabei mag vermieden werden auf die auch von der „Freiheit" abgedruckte Aufforderung des Reichsbauern- und Landarbeiterrats, die im Anschluß an die Forderung, daß die politische und gewerkschaftliche Betätigung nicht behindert werden dürfe, ausdrücklich darauf hinweist, daß es zu einer strengsten Pflicht der Arbeitnehmer gehöre, keine wilden Streiks zu unternehmen, sich stets der Schlichtungsausschüsse zu bedienen und unter allen Umständen dem deutschen Volk die erforderlichen Nahrungsmittel sicherzustellen.

Daß Arbeitgeber, die durch ihren Widerstand gegen die gesetzlich gesicherten Rechte und Ansprüche der Arbeitnehmer diesen Grund zur Arbeitsverweigerung geben, sich auf das schärfste an deutschen Volke versündigen, braucht wohl nicht ausdrücklich festgestellt zu werden. Daß aber auch sie auf das nachdrücklichste zur Erfüllung ihrer nationalen Pflicht angehalten sind und angehalten werden, versteht sich von selbst.

*

Wie die „B.P.N." berichten, hinderten in der Umgebung von Stettin die streikenden Landarbeiter rollenweise die Besitzer, das Vieh zu füttern und zu melken. Im Kreise Franzburg hat sich der Landarbeiterstreik weiter ausgedehnt.

Der Arbeiterstreik in Pommern.

Eigene Drahtmeldung.

W. **Stettin**, 16. Juli.

Wie bereits berichtet, haben die Parteisunktionäre und die Gewerkschaftsvertrauensmänner an einer gestern abend abgehaltenen Sitzung beschlossen, heute als Protest gegen den verhängten Belagerungszustand und gegen das Streikrecht der Landarbeiter in den Ausstand zu treten. Der Streik sollte morgens um 8 Uhr beginnen. Da die meisten Arbeiter aber von dem Beschluß nicht unterrichtet waren, erschienen sie fast vollzählig zur Arbeit. Es machte sich unter ihnen eine ziemliche Unsicherheit bemerkbar, als auch das Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk die Arbeit einstellte, waren aber auch sie gezwungen, in den Ausstand zu treten. Die Straßenbahn hat heute früh den Betrieb gar nicht aufgenommen. Der Beschluß ist von der überwiegenden Mehrheit der Vertrauensleute gefaßt, doch macht sich unter den Arbeitern eine ziemliche Unzufriedenheit geltend. Man hätte erst den Bescheid der zum Reichswehrminister entsandten Kommission abwarten müssen, die von diesem die Aufhebung des Belagerungszustandes und die Aufhebung des Streikverbotes verlangen sollte. Die Lage ist gegenwärtig noch ziemlich ungeklärt, von einigen Betrieben wird berichtet, daß sie noch weiter arbeiten. Die Arbeit im Elektrizitätswerk wurde mit militärischer Hilfe im Laufe des Vormittags wieder aufgenommen.

In Stralsund wurde als Protest gegen den Belagerungszustand der Generalstreik proklamiert. Dort ist der Streik ziemlich allgemein. Alle wichtigen Betriebe arbeiten nicht. Den den Landarbeitern wird behauptet, daß der größte Teil sich vollkommen ruhig verhalte, und der Streik nur von Elementen geschürt werde, die erst kürzlich zur Landarbeit übergetreten sind. Spartakus hat natürlich seine Hand im Spiele. So werden auf dem Lande massenhaft Flugblätter verteilt, in denen sich Spartakus an die Bauern wendet. Es heißt darin in gut gemalter Deutsch: von zwei Feldobruckreisen zum Schluß:

Spartakus will, daß Die die Augen aufmachen, Bauer, ehe sie Dir übergehen. Er kommt zu Dir, um Dir zu geben, nicht um Dir zu nehmen, weil Du ein Mann der Arbeit, ein von den Reichen Ausgeplünderter bist, da Du mit den Arbeitern zusammenstehen mußt, die Deine Berater sind, nicht mit den Reichen, die Deine Feinde sind. Spartakus zeigt Dir den Weg, Dir selbst zu helfen.

Wille und Intellekt.

Von

Rudolf Kjellén.

Wir entnehmen diese geistvollen Gedanken des berühmten schwedischen Gelehrten einem Artikel des Blattes „Nya Dagligt Allehanda."

Man kann den Ausfall des Weltkrieges von zwei Gesichtspunkten aus betrachten, so daß er überhaupt kein Problem wird.

Der eine Gesichtspunkt ist der rein primitive, wonach Sieg mit Recht identifiziert wird. Die Entente hatte Glück, ergo ist sie im Recht. Diese Art ist im Gebrauch billig. Daß diese Verfechtungsart Macht vor Recht setzt, macht der breiten Masse, die sich mit dieser Weltauffassung bescheidet, keinen Kummer.

Der andere Gesichtspunkt ist ultramodern materialistisch. Er rechnet mit Ziffern und Uebermacht und hat darüber hinaus keinen Platz für Rechts- oder Moralgesichtspunkte. Er ist ja auch sehr einfach: wenn sich drei Personen mit einem schlagen und schlagen diesen nieder, dann braucht der Ausfall nicht durch moralischen Mangel bei den einen oder durch Ueberlegenheit im Recht bei den Drei begründet zu werden — die Erklärung genügt, daß einer weniger ist als drei!

Die Frommen und die Praktischen können sich also genügen lassen. Aber für denjenigen, der weder fromm noch praktisch in diesen vereinfachten Sinne ist — für den, der weiß, daß der Sieger trotz des Sieges das schlechtere Recht auf seiner Seite hatte, und für den, der den Glauben an eine vernünftige Auffassung des Ganzen nicht lassen kann — für ihn ist die Sache nicht so einfach. Ihm verursacht der Kriegsausfall eine Unruhe, die nicht weichen will. In diesem „Frieden" erscheint alles auf den Kopf gestellt. Wie soll es möglich sein, hierin einen andern Sinn zu finden als den der reinen Vernichtung der ganzen weißen Rasse, des Untergangs in Schande und Sünde? Mit der Kenntnis der verlorenen Geschichte mage ich es auszusprechen, daß in den Annalen der Menschheit keine große Entscheidung vorgekommen ist, die in solchem Grade den Glauben an eine höhere Fügung und an einen Fortschritt belastet!

Nun kann man einen Trost in dem Gedanken finden, daß wir noch nicht den Schluß kennen. Noch ist nichts entschieden, das Urteil ist willkürlich und auf die Zukunft gestellt. Es werden neue Vorgänge mit Revision und Genugtuung für die mit Gewalt Geknebelten kommen. Doch über solche Aussichten soll hier heute nicht gesprochen werden. Wir betrachten das Hauptziel als erledigt, d. h. die Gewaltherrschaft der Angelsachsen, errichtet auf Kosten der Germanen und auf den Ruinen der Macht der letzteren. Wir akzeptieren damit, was nicht bloß die Grundlage einer christlichen Gemeinschaft, sondern der ganzen Geschichte zu sein scheint, nämlich daß der Zweck die Mittel heiligt. Da kann es geschehen, daß aus dem ärgsten und schäumenden Wirbel des Augenblicks allenfalls etwas hervortritt, das wie Trost aussieht. Es gibt einen Gesichtspunkt, wonach ein solcher Ausfall des Weltkrieges wenn auch nicht Glück und Fortschritt, so doch wenigstens eine Meinung enthält. Diese Meinung könnte man mit den Worten gleiches Maß ausdrücken. Durch den Ausgang des Krieges ist das Gleichgewicht zwischen den Staaten gänzlich verrückt worden, aber indem die Völker den Angelsachsen zufiel, kam die Leitung der Menschheit in die Hände der Rasse, die die beste Gewähr für inneres Gleichgewicht oder gleiches Maß bietet. Auf diese Art wäre also eine Art Harmonie denkbar, nicht durch Zusammenbringen der nationalen Kräfte von außen her, sondern durch die Freiheit des harmonischen Menschenschlages, der Welt sein Gepräge aufzudrücken.

Dieser Gedanke soll durch einen Vergleich zwischen der angelsächsischen und der germanischen Psyche näher entwickelt werden.

Die Eigenschaft, wodurch Deutschland ein gefährlicher Wettbewerber für England wurde, ist die berechnende, systematisch arbeitende Intelligenz. Nicht einmal im Spiel verleugnet sich diese Eigenschaft des Deutschen. Auf die Arena des Weltmarktes übertragen, hatte sie vor dem Weltkriege in langsamer, aber beständiger Entwicklung England immer mehr zurückgedrängt. Und als die englischen Handelsreisenden in den exotischen Ländern saßen, wie die deutschen Wettbewerber den Käufer am Platze aufsuchten, in seiner eigenen Sprache redeten und Geschäfte in seiner eigenen Gebräuche abschlossen, während sie selbst mit ihren englischen Prospekten im Hotel saßen — da hatten sie zweifellos ein Gefühl, daß dieser Wettbewerb nicht ganz „fair play" sei.

Es wäre natürlich lächerlich, sagen zu wollen, daß die Engländer die Intelligenz haßten. Aber in dieser stets berechnenden, stets systematisierenden Vernunft steckt etwas, was den Engländern instinktiv zuwider ist. Die Zeit ist jetzt voll von Verkündern, die die Hegemonie des Willens predigen. Der Weltkrieg scheint, wenn er die Leitung von den Deutschen auf die Angelsachsen übertrug, in der Praxis den Sieg des Willens über die Intelligenz entschieden zu haben.

Denn die Intelligenz birgt in sich einen Todeskeim, und dieser heißt Grübelei: Zweifel, die sich selbstverzehrende Reflexion. Dieses Leben soll nicht in erster Linie begriffen, sondern in erster Linie gelebt werden. Aber das richtige Lebenskriterium heißt Glaube: glauben an sich selbst und an das Dasein überhaupt, und der Glaube liegt demjenigen näher zur Hand, der will, als demjenigen, der denkt.

Darum sieht in dem zurückgedrängten Platz selbst, den die reine Intelligenz in der Psyche der Angelsachsen einnimmt, eine Stärke. Schulze-Gävernitz hat in seiner Arbeit über den englischen Imperialismus die Engländer als die „lebensfähigste" aller Rassen und ihre Lebensideale als die gemeinzivilisiertesten von allen bezeichnet. Durch das Gleichmaß menschlicher Fähigkeit unter dem Primat des Willens nähert sich der Engländer mehr als eine andere Rasse dem gesunden Durchschnitt, der für dieses Leben am besten gehärtet ist und der das Leben liebt. Der Deutsche dagegen ist in seinem innersten Innern der „Dichter und Denker", als solcher rein animal untergegen und auf die Dauer nicht „konkurrenzfähig".

Das Spiel beginnt also dem alten zwischen Rom und Hellas zu gleichen. Die Macht sitzt auf der einen Seite, die höhere Kultur auf der anderen Seite. Den Deutschen bleibt in der Geschichte stets das Los übrig, die Welt mit kulturellem Einfluß zu durchdringen, nachdem sie den politischen Einfluß verloren haben. Der Gott dieser Welt und Zeit ist die gesunde Mittelmäßigkeit. Diesem Ideal muß das Persönlichkeitsideal